



Leistungsrechtliche Werte in der Sozialversicherung

2019

Stichtag: 1. Jänner 2019

Rechtsgrundlagen

ASVG	in der Fassung der	89. Novelle
B-KUVG	in der Fassung der	43. Novelle
GSVG	in der Fassung der	46. Novelle
BSVG	in der Fassung der	46. Novelle
FSVG	in der Fassung der	12. Novelle
NVG	in der Fassung der	16. Novelle

Kundmachung

der Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz über die Aufwertung und Anpassung nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, dem Gewerblichen Sozialversicherungsgesetz, dem Bauern- Sozialversicherungsgesetz und dem Beamten- Kranken- und Unfallversicherungsgesetz für das Kalenderjahr 2019 (BGBl. II Nr. 329/2018 vom 17. Dezember 2018),

Verordnung

der Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, mit der der Anpassungsfaktor für das Jahr 2019 festgesetzt wird (BGBl. II Nr. 282/2018)

<http://www.sozialversicherung.at>



ÜBER UNS



Zahlen – Daten – Fakten → Aktuelle Werte

ÜBERSICHT

Anpassungsfaktor

A. Pensionsversicherung:

1. Prozentsatz der Erhöhung der Pensionen
2. Höchstbemessungsgrundlage
3. Bemessungsgrundlage für Zeiten der Kindererziehung
4. Richtsatz für Ausgleichszulagen
5. Kinderzuschuss
6. Nachkauf von Schul- und Studienzeiten
7. Grenzbetrag für die Anhebung einer Witwen/Witwerpension
8. Knappschaftssold
9. Bergmannstreuegeld
10. Pflegegeld nach dem Bundespflegegeldgesetz

B. Unfallversicherung:

1. Prozentsatz der Erhöhung der Renten
2. Kinderzuschuss zu Schwerversehrtenrenten
3. Bemessungsgrundlage für Barleistungen an Schüler und Studenten
4. Versehrtengeld und Pflegegeld für Schüler und Studenten
5. Bemessungsgrundlage bei Einbeziehung in die Zusatzversicherung (§ 22a ASVG)
6. Bemessungsgrundlage für gewerblich Selbstständige und freiberuflich selbstständig Erwerbstätige
7. Unfallversicherungsbeitrag für GSVG-Versicherte
8. Bemessungsgrundlage für Bauern

C. Krankenversicherung:

1. Erwerbslosigkeit im Sinne des § 122 ASVG
2. Krankengeld
3. Kostenanteil bei Heilbehelfen und Hilfsmitteln
4. Wochengeld
5. Leistungen nach dem Kinderbetreuungsgeldgesetz (KBGG)

D. Rezeptgebühr

1. Höhe der Rezeptgebühr
2. Grenzbeträge für die Befreiung von der Rezeptgebühr

E. Service-Entgelt für die e-card

1. Höhe des Service-Entgelts
2. Grenzbeträge für die Befreiung vom Service-Entgelt

F. Behandlungsbeitrag (nur im BSVG)

Höhe des Behandlungsbeitrages

G. Zuzahlungen bei Maßnahmen der Rehabilitation und bei Maßnahmen der Festigung der Gesundheit und der Gesundheitsvorsorge in der Kranken- und Pensionsversicherung

1. Grenzbetrag für die Befreiung von Zuzahlungen
2. Höhe der Zuzahlungen

Anpassungsfaktor (§ 108 Abs. 5 ASVG) für 20191,020

A. PENSIONSVERSICHERUNG

1.	Erhöhung der Pensionen ab 1. Jänner 2019		
	Die besonderen Bestimmungen des Pensionsanpassungsgesetzes 2019 sind zu beachten: Beträgt das Gesamtpensionseinkommen nicht mehr als € 1 115,00 monatlich ist um 2,6% zu erhöhen, wenn es über € 1 115,00 bis zu € 1 500,00 monatlich beträgt, um jenen Prozentsatz, der zwischen den genannten Werten von 2,6% auf 2% linear absinkt wenn es über € 1 500,00 bis zu € 3 402,00 monatlich beträgt, um 2 % wenn es über € 3 402,00 € monatlich beträgt, um € 68,00.		
2.	Höchstbemessungsgrundlage (auf Basis der „besten 31 Jahre“).....	€	4.346,78
3.	Bemessungsgrundlage für Zeiten der Kindererziehung.....	€	1.231,64
4.	Richtsatz für Ausgleichszulage (§§ 293 ASVG, 150 GSVG, 141 BSVG) für allein stehende Pensionisten	€	933,06
	für Bezieher einer Eigenpension, die mindestens 360 Beitragsmonate der Pflichtversicherung auf Grund einer Erwerbstätigkeit erworben haben.....	€	1.048,57
	für Pensionisten, die mit dem Ehegatten (der Ehegattin) im gemeinsamen Haushalt leben	€	1.398,97
	Diese Richtsätze - außer bei Beziehern einer Witwen-(Witwer)pension - erhöhen sich für jedes Kind, dessen Nettoeinkommen.....	€	343,19
	nicht erreicht, um	€	143,97
	für Pensionsberechtigte auf Waisenpension a) bis zum 24. Lebensjahr	€	343,19
	falls beide Elternteile verstorben sind	€	515,30
	b) nach Vollendung des 24. Lebensjahres	€	609,85
	falls beide Elternteile verstorben sind	€	933,06
	Bei Berücksichtigung des Nettoeinkommens für die Ermittlung der Ausgleichszulage bleibt bei Lehrlingsentschädigungen der Betrag von.....	€	225,50
	außer Betracht (§§ 292 Abs. 4 lit. h ASVG, 149 Abs. 4 lit. h GSVG, 140 Abs. 4 lit. h BSVG). Bei der Berücksichtigung des Nettoeinkommens für die Ermittlung der Aus- gleichszulage ist der Wert der vollen freien Station	€	294,65
	(§§ 292 Abs. 3 ASVG, 149 Abs. 3 GSVG, 140 Abs. 3 BSVG)		
5.	Kinderzuschuss (§§ 262 ASVG, 144 GSVG, 135 BSVG).....	€	29,07
6.	Nachkauf von Schul- und Studienzeiten (§ 227 Abs. 3 ASVG); damit Schul- und Studienzeiten in der Pensionsversicherung wirksam werden, ist ein Beitrag zu entrichten. Dieser Beitrag beträgt für jeden Ersatzmonat des Besuchs einer mittleren, höheren Schule oder Hochschule	€	1.190,16
	(ohne allfälligen Risikozuschlag)		
7.	Grenzbetrag für die Anhebung einer Witwen/Witwerpension (§ 264 Abs. 6 ASVG).....	€	1.995,25
8.	Knappschaftssold (§ 283 ASVG) Der Knappschaftssold beträgt monatlich	€	109,16
9.	Bergmannstreuegeld (§ 288 ASVG) Das Bergmannstreuegeld beträgt für jedes volle Jahr einer Gewinnungshauertätigkeit oder ihr gleichgestellten Tätigkeit.....	€	1.637,46
	insgesamt höchstens.....	€	16.374,60

10.	Pflegegeld nach dem Bundespflegegeldgesetz		
	Stufe 1	€	157,30
	Stufe 2	€	290,00
	Stufe 3	€	451,80
	Stufe 4	€	677,60
	Stufe 5	€	920,30
	Stufe 6	€	1.285,20
	Stufe 7	€	1.688,90

B. UNFALLVERSICHERUNG

1.	Erhöhung der Renten ab 1. Jänner 2018		2,0 %
2.	Kinderzuschuss zu Schwerversehrtenrenten (§ 207 ASVG) Schwerversehrten wird für jedes Kind ein Kinderzuschuss im Ausmaß von 10 % der Versehrtenrente, höchstens jedoch	€	76,31
3.	Bemessungsgrundlage für Schüler und Studenten (§ 181b ASVG) Bemessungsgrundlage für Barleistungen an Schüler und Studenten ist		
	a) nach dem 15. bis Vollendung des 18. Lebensjahres	€	10.235,91
	b) nach dem 18. bis Vollendung des 24. Lebensjahres	€	13.649,21
	c) nach Vollendung des 24. Lebensjahres	€	20.473,43
4.	Versehrtengeld für Schüler und Studenten (§ 212 Abs.3 ASVG) Schüler und Studenten erhalten ein einmaliges Versehrtengeld für Folgen eines Arbeitsunfalles oder einer Berufskrankheit bei mindestens 20 % Erwerbsminderung durch drei Monate. Dieses Versehrtengeld beträgt bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von		
	20 v.H. bis unter 30 v.H.	€	710,60
	30 v.H. bis unter 40 v.H.	€	1.545,72
	40 v.H.	€	2.853,31
	und für je weitere 10 v.H.	€	713,19
5.	Bemessungsgrundlage bei Einbeziehung in die Zusatzversicherung (§ 22a ASVG) gemäß § 181a Abs. 2 ASVG Die Bemessungsgrundlage beträgt unabhängig vom Erwerbseinkommen des Versicherten mindestens	€	30.710,15
6.	Bemessungsgrundlage für gewerblich Selbstständige und freiberuflich Selbstständige Als Bemessungsgrundlage für Geldleistungen an die in der Unfallversicherung teilversicherten gewerblich und freiberuflich Selbstständigen gilt ein Betrag von	€	20.473,43
	Die zusätzliche Bemessungsgrundlage beträgt bei Entrichtung eines Höherversicherungsbeitrages		
	von € 117,49	€	13.006,58
	von € 176,50	€	19.605,89
7.	Ab 2019 monatlicher Unfallversicherungsbeitrag für GSVG-Versicherte	€	9,79
8.	Bemessungsgrundlage für Bauern	€	20.473,43
	Als Bemessungsgrundlage für Geldleistungen an die nach dem BSVG unfallversicherten Bauern, die gleichzeitig nach dem ASVG und (oder) GSVG eine Pension beziehen, gilt für die Betriebsrenten für Schwerversehrte, für das Versehrtengeld sowie für Witwen(Witwer)renten	€	13.006,58
	in allen übrigen Fällen	€	6.502,80

C. KRANKENVERSICHERUNG

1.	Erwerbslosigkeit im Sinne des § 122 Abs. 2 Z 2 ASVG i.V.m. § 122 Abs. 4 ASVG liegt auch dann vor, wenn das Entgelt aus einem zweiten Beschäftigungsverhältnis nicht mehr als monatlich, beträgt. €	535,51
2.	Krankengeld	
	a) Krankengeld für § 19a ASVG-Selbstversicherte (§ 141 Abs. 5 ASVG), für den Kalendermonat..... €	160,47
	b) Erhöhung des Krankengeldes (§ 141 ASVG) Anspruch des Versicherten auf erhöhtes Krankengeld für einen Angehörigen besteht dann nicht, wenn dieser aus Erwerbstätigkeit oder aus Bezügen von der Sozialversicherung (ausgenommen Pflegegeld nach dem BPGG) ein monatliches Einkommen von mehr als € bezieht.	535,51
3.	Der Kostenanteil des Versicherten beträgt	
	a) bei Heilbehelfen und Hilfsmitteln mindestens €	34,80
	b) bei Sehbehelfen mindestens..... €	104,40
4.	Wochengeld gemäß § 162 Abs. 3a ASVG für § 19a ASVG-Selbstversicherte täglich..... €	9,30
5.	Leistungen nach dem Kinderbetreuungsgeldgesetz:	
	a) Kinderbetreuungsgeld täglich: Die Anspruchsdauer kann innerhalb des vorgegebenen Rahmens von 365 bis zu 851 Tagen (ab der Geburt des Kindes) gewählt werden. In der Grundvariante (365 Tage ab Geburt) beträgt das pauschale Kinderbetreuungsgeld € 33,88 täglich, in der längsten Variante mit 851 Tagen ab Geburt beträgt es € 14,53 täglich. Die Höhe des Tagesbetrages ergibt sich automatisch aus der individuell gewählten Variante (Anspruchsdauer). Je länger man bezieht, desto geringer ist der Tagesbetrag.	
	Tagesbetrag bei der kürzesten Bezugsdauer von 365 Tagen (456 Tage bei Teilung mit Partner) €	33,88
	Tagesbetrag bei der längsten Bezugsdauer von 851 Tagen (1.063 Tage bei Teilung mit Partner) €	14,53
	Einkommensabhängiges Kinderbetreuungsgeld mit maximal 14 Monaten Bezugsdauer (davon mindestens 2 Monate der Partner) in der Höhe von 80 % des letzten Nettoeinkommens mit mindestens €	33,88
bis maximal €	66,00
	Einkommensermittlung Die Zuverdienstgrenze stellt auf die Einkünfte desjenigen Elternteiles ab, der Kinderbetreuungsgeld bezieht. Es ist also nicht das Familieneinkommen bzw. das Einkommen des (Ehe)Partners maßgeblich. Die Zuverdienstgrenze für das Kalenderjahr 2018 beträgt 60 % des letzten Einkommens (individueller Grenzbetrag) oder €	16.200,00
	(absoluter Grenzbetrag). Hinsichtlich des einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeldes ist nur ein Zuverdienst von €	6.800,00
	möglich.	
	b) Beihilfe zum Kinderbetreuungsgeld Bezieher einer Pauschalvariante können maximal für ein Jahr ab Antragstellung eine tägliche Beihilfe zum Kinderbetreuungsgeld in der Höhe von €	6,06
	beziehen. Die Zuverdienstgrenze beträgt für den Antragsteller jährlich ... €	6.800,00
	und für den Partner €	16.200,00

D. REZEPTGEBÜHR

- | | | | |
|----|---|--|------|
| 1. | Höhe der Rezeptgebühr | € | 6,10 |
| 2. | Grenzbeträge für die Befreiung von der Rezeptgebühr | | |
| a) | Personen, deren monatliche Nettoeinkünfte | | |
| | € | 933,06 (für Alleinstehende) bzw. | |
| | € | 1.398,97 (für Ehepaare bzw. Lebensgefährten) | |
| | nicht übersteigen, sowie | | |
| b) | Personen, die infolge von Leiden oder Gebrechen überdurchschnittliche Ausgaben nachweisen und deren monatliche Nettoeinkünfte | | |
| | € | 1.073,02 (für Alleinstehende) bzw. | |
| | € | 1.608,82 (für Ehepaare bzw. Lebensgefährten) | |
| | nicht übersteigen, sind auf Antrag von der Entrichtung der Rezeptgebühr zu befreien. | | |

Die angeführten Grenzbeträge erhöhen sich für jedes Kind um € 143,97

Leben im Familienverband des Versicherten Personen mit eigenem Einkommen, so ist dies zu berücksichtigen. Für Pensionsbezieher mit einem Ausgedinge gilt eine Sonderregelung (abweichende Grenzbeträge).

E. SERVICE-ENTGELT für die e-card

- | | | | |
|----|---|---|-------|
| 1. | Höhe des Service-Entgelts für das Jahr 2020 | € | 11,95 |
| | Das Service-Entgelt für das Jahr 2020 wird im November 2019 eingehoben. | | |
| 2. | Grenzbeträge für die Befreiung vom Service-Entgelt
(siehe Abschnitt D Punkt 2) | | |

F. BEHANDLUNGSBEITRAG (nur im BSVG)

Höhe des Behandlungsbeitrages (§ 80 Abs. 2 BSVG)	€	10,09
--	---	-------

G. ZUZAHLUNGEN BEI MASSNAHMEN DER REHABILITATION UND BEI MASSNAHMEN DER FESTIGUNG DER GESUNDHEIT UND DER GESUNDHEITSVORSORGE IN DER KRANKEN- UND PENSIONSVERSICHERUNG

- | | | | |
|----|--|---|--------|
| 1. | Grenzbetrag für die Befreiung von Zuzahlungen: | | |
| | Personen, deren monatliche Bruttoeinkünfte..... | € | 933,06 |
| | nicht übersteigen. | | |
| 2. | Höhe der Zuzahlungen pro Verpflegungstag: | | |
| | monatliches Bruttoeinkommen von € 933,07 bis € 1.514,44..... | € | 8,36 |
| | monatliches Bruttoeinkommen von € 1.514,45 bis € 2.095,83..... | € | 14,33 |
| | monatliches Bruttoeinkommen über € 2.095,83 | € | 20,31 |

Die Zuzahlungen bei Maßnahmen der Rehabilitation sind höchstens für 28 Tage im Kalenderjahr zu leisten.